

IW-Verbandsumfrage | 29.12.2016 | Lesezeit 6 Min.

„Die Investitionen bleiben die Achillesferse der Wirtschaft“

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, analysiert im Interview die Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage. Von der Politik fordert er, bessere Investitionsbedingungen zu schaffen.

Die Verbände erwarten laut IW-Verbandsumfrage für 2017 ein leichtes Wirtschaftswachstum. Ist das mit Blick auf die Trump-Wahl, den Brexit und Terror nicht eine überraschend positive Perspektive?

Das sind zwar Vorgänge, die zu einer grundsätzlichen Verunsicherung beitragen. Bildlich gesprochen ist es aber eher so, als würde man Sand ins Getriebe streuen, ohne es funktionsunfähig zu machen. Wir sehen, dass die Dynamik des Wirtschaftswachstums nicht übermäßig groß ist. Das passt auch zur prognostizierten Zuwachsrate des BIP für 2017 von 1,25 Prozent. Der Tanker fährt mehr oder weniger mit der gleichen Geschwindigkeit wie in den vergangenen drei Jahren.

Je nach Branche schätzen die Verbände die Chancen und Risiken naturgemäß sehr unterschiedlich ein. Für welche Branche hätten Sie mit weniger Optimismus gerechnet?

Etwas überrascht hat mich die Eisen- und Stahlindustrie. Die Stahlbranche hat im ganzen Jahr über Billigimporte aus China geklagt, dieser Struktureffekt schwächt sich zwar ab. Dennoch sieht sie ihre Lage erstaunlicherweise positiver als zum vergangenen Jahreswechsel und strebt eine höhere Produktion sowie mehr Investitionen an. Nochmal ein Stück besser ist es im Maschinen- und Anlagenbau,

obwohl der bei den sonstigen Kennzahlen gar nichts hinzugewonnen hat.

Kann man sagen, woran das liegt?

In der Stahlindustrie bleibt die Lage ein wenig unklar. Ich glaube, dass die Anpassungen an den Importdruck aus China ein Stück weit gelungen sind. Im Maschinen- und Anlagenbau ist es so, dass sich die Exportseite etwas positiver zeigt als gedacht.

Der Pessimismus welches Verbands hat Sie hingegen verblüfft?

Überraschend negativ sind die Aussichten des Automobilbereichs. Die Branche hat im vergangenen Jahr viele Autos verkauft, auch auf den europäischen Kernmärkten. Gerade im Premiummarkt sind die Zahlen wieder stabil. Der Blick nach vorn ist eingetrübt, es wird sogar eine niedrigere Produktion als 2016 erwartet.

Es wird dort investiert, wo es geschäftspolitisch klar und notwendig ist, aber nicht nach vorn in neue Dinge hinein.

Ganz plausibel ist das nicht. Es wird im nächsten Jahr auch nicht den großen Schock durch die Elektromobilität geben, der Markt ist noch im Mikrobereich. Nur politisch sieht es so aus, als sei es ein Makrothema.

Könnte der Abgasskandal bei VW eine Rolle spielen, warum deutsche Autos in Verruf geraten sind?

VW ist ein Sonderfall. Die Unternehmensführung hat die Schärfe des Kultur- und Führungsproblems immer noch nicht erkannt. Wenn man sich die Absatzzahlen bei VW anschaut, ist jedoch überhaupt nichts passiert. Es macht sich aber langsam die öffentliche Meinung breit, die deutsche Automobilbranche habe etwas verpennt. Nach dem Motto: Beim Hybridmotor sind sie zu spät gekommen und jetzt verschlafen sie die Elektromobilität. Das ist natürlich absurd. Die Hersteller haben sich in die Defensive drängen lassen. Da fehlt die selbstbewusste Kommunikation.

18 der 48 Verbände rechnen damit, dass in ihrer Branche 2017 mehr

investiert wird als 2016. Wird in Deutschland also endlich wieder genug investiert?

Das ist keine große Investitionsdynamik. Es ist wichtig, sich die Einzelgeschichten anzusehen. Im Bankensektor haben wir voraussichtlich höhere Investitionen als vor einem Jahr, aber gleichzeitig Beschäftigungsabbau und negative Aussichten. Die Bereiche Informations-, Messe- und Werbewirtschaft wollen investieren, können aber die Volkswirtschaft nicht nach vorne tragen. Gesamtwirtschaftlich relevant und gleichzeitig positiv gestimmt sind die Bauindustrie, das Baugewerbe und der Wohnungsbau. Hinzu kommt der öffentliche Bau, weil die Kommunen wieder mehr Geld zur Verfügung haben. Es gilt insgesamt, sehr genau darauf zu achten, über welche Branchen berichtet wird, wenn es um Mehrinvestitionen geht. Die Investitionen bleiben weiter die Achillesferse der Wirtschaft. Es spiegeln sich hier die hohen politischen Unsicherheiten der Weltmärkte wider. Es wird dort investiert, wo es geschäftspolitisch klar und notwendig ist, aber nicht nach vorn in neue Dinge hinein.

Was kann die Politik tun, um hier Impulse zu setzen?

Die Bundesregierung kann versuchen, die Investitionsbedingungen positiv zu entwickeln. Da hat sie sicherlich Nachholbedarf. Nach der Dominanz sozial- und verteilungspolitischer Argumente in letzter Zeit wäre nun die Frage nach angemessenen Regulierungen zu stellen. Rein gesamtwirtschaftlich wird die Politik aktuell keinen Druck verspüren, weil sie die Arbeitsmarktzahlen sieht und denkt, sie habe alles richtig gemacht.

Vor allem Dienstleister wollen sich mit Investitionen für die Zukunft rüsten - Stichwort Digitalisierung. Aber kommt die Einsicht nicht zu spät, weil andere Nationen uns längst den Rang abgelaufen haben?

Auch hier ist es so, dass die Digitalisierung eher Gegenstand von Geschichten als von Tatsachen ist. Blockchain und Plattformmärkte sind faktisch noch Randphänomene. Alle haben ihr „Labor“, in dem sie versuchen zu verstehen, was da passiert. Zu spät würde ich daher nicht sagen. Es ist auch ein Stück weit ein Investieren ins Blaue hinein.

Vor allem die Deutsche Bank und Volkswagen kamen 2016 nicht aus den Negativschlagzeilen. Hat „Made in Germany“ gelitten?

Nicht so, wie ich befürchtet hatte. Ich war vor einem Jahr außerordentlich besorgt. Aber so ein Image, das über 100 Jahre alt ist, ist dann doch stabiler.

Es sind immer wieder amerikanische Behörden, die den Unternehmen bei Fehlverhalten genau auf den Zahn fühlen und drakonische Strafen verhängen. Sind Deutschland und Europa zu nett zu Firmen, die sich nicht an die Regeln halten?

Wir müssen unsere Regeln einhalten und entsprechend reagieren. Das amerikanische Rechtssystem ist völlig anders. Da haben einzelne Richter unheimliche Spielräume. Auf der anderen Seite ist es schon so, dass ein Stück weit Wettbewerbspolitik betrieben wird, auch wenn es am Vorgehen von zum Beispiel VW nichts schönzureden gibt.

Sie haben die vergangenen drei Monate an der Stanford University in Kalifornien als Visiting Professor verbracht. Welche Erkenntnisse haben Sie von dort mitgebracht?

Es gibt Menschen, die sagen, man müsse Dinge genauso machen wie an anderen Orten, an denen es sehr gut funktioniert. Ansonsten werde man überrollt und die Geschäftsmodelle seien weg. Ich stand diesen Forderungen immer skeptisch gegenüber.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass Freihandel keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Die Unternehmer im Silicon Valley sehen das ähnlich. Sie sagen, dass die Voraussetzungen den Weg bestimmen. Mir fehlt bei uns oft diese nüchterne Betrachtung: Es ist nicht besser oder schlechter, es ist einfach anders. Und dieses „Anders“ hat Gründe: Offenheit und Flexibilität, Stanford und viel investitionswilliges Kapital.

Der Protektionismus und nationalistische Tendenzen nehmen derzeit weltweit zu. Fürchten Sie, dass Deutschland als Exportnation zu den großen Verlierern dieser Entwicklung zählt?

Wir müssen uns darauf einstellen, dass Freihandel keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Das hat nicht nur mit den USA zu tun, sondern auch mit dem Entwicklungsmodell in China. Wir sind umgeben von Ingenieuren des Protektionismus: Putin, Erdogan, Trump, China. Das macht deutlich, wie wichtig es ist, dass Europa bei den Kernthemen standhaft bleibt. Europa darf auch beim Brexit keine Aufweichungen vornehmen,

sondern muss klar zeigen, was seine Grundprinzipien sind. Darauf werden viele in der Welt Hoffnungen setzen.

Sie auch?

Ich bin nicht pessimistisch. Das hängt mit den anstehenden Wahlen in Frankreich, Deutschland und Italien zusammen. Bisher hat keine Wahl selbst einer vorher sehr europaskeptischen Regierung - ob in Portugal oder Griechenland - zum Umsturz geführt. Der Preis, den man zahlt, wenn man Europa verlassen will, ist sehr hoch. Das wirkt stabilisierend.

Stichwort Bundestagswahl: Was wünschen Sie sich von der neuen Regierung, egal wer es am Ende sein wird?

Der Schwerpunkt muss viel deutlicher in Richtung Investitionsbedingungen gesetzt werden, wobei es nicht darum geht, mehr Geld auszugeben, sondern kluge Infrastrukturpolitik zu machen. Bei der Digitalstrategie ist einiges passiert, Forschung und Entwicklung sind stärker in den Haushalt eingebunden. Aber wir müssen das auch ergänzen durch eine Politik, die bei den Steuern Luft gibt und durch Regulierungen, die Arbeit 4.0 unterstützen. Das Umfeld jenseits der konkreten Investitionen in den Blick zu nehmen, wäre hilfreich.

Im Interview: Michael Hüther *Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft*

1. Studium der Wirtschaftswissenschaften und der mittleren und neueren Geschichte an der Justus-Liebig-Universität in Gießen
2. Promotionsstudium Wirtschaftswissenschaften
3. Seit 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft



Telefon: 0221 4981-600

E-Mail: huether@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- Die geringen Investitionen sind weiterhin das Problem der deutschen Wirtschaft. Die Regierung muss durch kluge Infrastrukturpolitik die Investitionsbedingungen verbessern.
- Trotz der Negativschlagzeilen durch VW und die Deutsche Bank hat das Qualitätsmerkmal „Made in Germany“ nicht gelitten.
- Aufgrund des weltweit aufkommenden Protektionismus ist Freihandel keine Selbstverständlichkeit mehr.